Deutscher Bundestag **Drucksache 18/10405**

18. Wahlperiode 22.11.2016

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Ekin Deligöz, Sven-Christian Kindler, Anja Hajduk, Dr. Tobias Lindner, Kerstin Andreae, Katja Dörner, Kai Gehring, Beate Müller-Gemmeke, Britta Haßelmann, Maria Klein-Schmeink, Brigitte Pothmer, Tabea Rößner, Elisabeth Scharfenberg, Ulle Schauws, Kordula Schulz-Asche, Dr. Harald Terpe, Dr. Julia Verlinden, Doris Wagner und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 18/9200, 18/9202, 18/9816, 18/9821, 18/9824, 18/9825, 18/9826 –

Entwurf eines Gesetzes
über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2017
(Haushaltsgesetz 2017)

hier: Einzelplan 17

Geschäftsbereich des Bundesministeriums
für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Einzelplan 30

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Gehetzt zu sein ist für viele Menschen ein alltägliches Gefühl – unabhängig vom Alter und in fast jeder Lebenssituation. Die Beschleunigung und Verdichtung hat unser Leben verändert – das berufliche wie das private. Ein einziges Arbeitszeitmodell reicht unter diesen Bedingungen für eine lebenslange Erwerbsbiographie nicht mehr aus. Immer wieder gibt es Zeiten im Leben, in denen man beruflich kürzer treten will oder muss. Die Bundesregierung versagt aber bei der Aufgabe, effektive Instrumente beizusteuern, damit die Menschen diese zeitpolitischen Herausforderungen besser oder überhaupt erst meistern zu können. Das Pflegezeitdarlehen ist ein beredtes Beispiel dafür. Die Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat deshalb im Haushaltsverfahren 2017 ein zeitpolitisches Paket in Höhe von jährlich 1 Milliarde Euro beantragt. Es umfasst die Elemente KinderZeit Plus, PflegeZeit Plus und BildungsZeit

Plus. Vom Hamsterrad besonders betroffen sind Menschen, die sich um andere kümmern wie Eltern und pflegende Angehörige. Die „gehetzte Generation“, die „geforderte Generation“, die „Sandwich-Generation“, die „Rushhour des Lebens“ – das alles sind geläufige Schlagworte im Zusammenhang mit Menschen, die Pflege oder Sorge für ihre Eltern übernehmen oder für die Betreuung und Erziehung ihrer Kinder verantwortlich sind – und dies manchmal sogar gleichzeitig. Aber auch Menschen, die sich beruflich weiterentwickeln oder sich umfassend verändern möchten, können dies oft aufgrund fehlender Zeit oder mangelnder Finanzierung nicht realisieren. In diesen Lebensphasen ist eine zielgerichtete staatliche Unterstützung nötig, die auf der einen Seite die zeitliche Flexibilität ermöglicht und auf der anderen Seite Einkommensverluste abfedert.

Bisher sorgt das Zusammenspiel von althergebrachter Rollenverteilung, Minijobs, Ehegattensplitting, beitragsfreier Mitversicherung, nicht bedarfsgerechter Kinderbetreuung und zu wenig Tagesbetreuungsangeboten für Pflegebedürftige dafür, dass es immer noch viel zu oft die Frauen sind, die erziehende und pflegende Tätigkeiten zu Lasten ihrer eigenen Existenzsicherung übernehmen. Eine moderne Familien- und Arbeitszeitpolitik ermöglicht Frauen, ihre Erwerbstätigkeit auszuweiten, und Männern, ihre Arbeitszeit zu reduzieren. So könnten mehr Frauen ihre Existenz eigenständig sichern, die Chancen für den beruflichen Aufstieg auch von Müttern würden steigen und Frauen wären im Alter besser finanziell abgesichert. Außerdem trägt dies zu einer gleichberechtigten Aufteilung der Erwerbs- und Sorgearbeit zwischen Frauen und Männern bei.

In Deutschland muss es Frauen und Männern möglich sein, freier über ihre Zeit entscheiden zu können. Arbeitszeiten sollen so beweglich werden, dass Arbeit und Leben besser zusammen passen. Wir brauchen eine Arbeitszeitkultur, die zum Familienleben im 21. Jahrhundert passt. Ein möglichst selbstbestimmter Umgang mit der eigenen Zeit darf dabei keine Frage des Einkommens oder des Geschlechts sein. Damit die Menschen so leben können, wie sie es sich wünschen, unterstützt der Bund Frauen und Männer bei einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Pflege und Beruf sowie Bildung und Beruf mit jährlich insgesamt 1 Milliarden Euro.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- endlich stärker auf die zeitlichen Bedürfnisse von Familien und damit auf eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu reagieren. Für die Ausweitung, Verlängerung und Flexibilisierung von Elterngeld und Elterngeld Plus hin zu einer KinderZeit Plus werden jährlich 600 Millionen Euro zur Verfügung gestellt;
- endlich stärker für eine bessere Vereinbarkeit von Pflege und Beruf zu sorgen und für die Einführung einer PflegeZeit Plus jährlich 200 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen;
- im Bereich des Bildungsetats Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Bildung und Beruf und das lebensbegleitende Lernen vorzusehen. Für die Weiterentwicklung des Aufstiegsförderungsgesetzes hin zu einer BildungsZeit Plus werden jährlich 200 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

Berlin, den 21. November 2016

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.